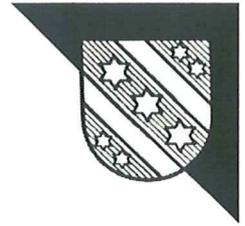


LANDRATSAMT REUTLINGEN  
Den 09.11.2010

KT-Drucksache Nr. VIII-0213/1

für den Verwaltungs- und Kultur-  
ausschuss  
-nichtöffentlich-



**Tischvorlage**

für den Kreistag  
-öffentlich-

**Haushalt 2011;  
Stellenplan**

Zum Entwurf des Stellenplans 2011 wurde umseitige Stellungnahme des Personalrats eingereicht.

Personalrat beim Landratsamt Reutlingen

An Herrn  
Landrat Reumann

Landratsamt Reutlingen

LANDRATSAMT REUTLINGEN DEZERNAT 1		
Eintrag		
08. NOV. 2010		
VZ	b. R.	
01/1	z. K.	
01/2	z. Bearb.	X
11	z. d. A.	
12	A. E.	X
13	b. Stn.	
14		
Kopie: A, D, A, A		

LANDRATSAMT REUTLINGEN DEZERNAT 1		
Eingang		
Reutlingen, den 04.11.2010		
04. NOV. 2010		
VZ	b. R.	
Dez. 1	z. K.	X
Dez. 2	z. Bearb.	X
Dez. 3	A. E.	
Dez. 4	z. d. A.	
10		

Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2011

**Sehr geehrter Herr Reumann,**

der Personalrat bedankt sich für die Übersendung des Stellenplanes 2011 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Wie der Sachdarstellung zu entnehmen ist schlägt die Verwaltung vor, im Stellenplan 2011 insgesamt 14,75 Stellen neu zu schaffen. 5,0 Stellen sind Leerstellen, die gemäß LHO eingerichtet werden müssen, und kostenneutral sind ebenso wie eine weitere Stelle, die als Ersatz im Zusammenhang mit dem Verwaltungsstrukturreformgesetz geschaffen werden muss. Dies bedeutet eine Stellenneuschaffung von netto 8,75 Stellen.

Nach Kenntnis des Personalrats wurde den Fachämtern im Zusammenhang mit der Antragstellung zum Haushaltsplan 2011 vermittelt, dass der Kreishaushalt 2011 von äußerster Sparsamkeit geprägt sein muss. Daher geht der Personalrat davon aus, dass die beantragte Stellenmehrung stichhaltig begründet wurde und dringend notwendig ist.

Der Personalrat begrüßt den Vorschlag der Verwaltung zu den Stellenneuschaffungen und unterstützt diesen Antrag ganz ausdrücklich. Als Begründung hierfür ist zu den beantragten Stellenneuschaffungen anzumerken:

Die bei der Krisenintervention vorgesehene Umwandlung von 3 befristeten Stellen in dauerhafte Stellen ist notwendig, da sich in der Zeit, in der diese Stellen befristet waren klar gezeigt hat, dass diese Arbeitskapazität dringend notwendig war und weiterhin notwendig ist. Gemessen an der seither insgesamt immer sehr knapp kalkulierten Personalkapazität im Landratsamt geht der Personalrat davon aus, dass von seiten der Verwaltung auch hier eine sehr knapp bemessene Stellenmehrung vorgeschlagen wird.

Die Stellenneuschaffungen im Sachgebiet Eingliederungshilfe sind - wenn eine intensivere Bearbeitung und Überprüfung von Hilfeplänen mit dem Ziel der Ausgabenreduzierung möglich sein soll - unumgänglich. Die Intensivierung dieser Aufgabe kann mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht bewältigt werden.

Die übrigen Stellenneuschaffungen, sei es wegen Fallzahlensteigerung oder neuer gesetzlicher Aufgaben ist ebenso notwendig wie der Personalersatz infolge der Personalratsfreistellung, da in den betroffenen Ämtern kein Puffer bei der Personalkapazität vorhanden ist.

Die nach wie vor bestehende Arbeitsverdichtung, verursacht durch viele verschiedene Faktoren, sorgt für eine insgesamt hektische Stimmungslage, wodurch auch zunehmend die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen untereinander in Gefahr gerät. Zudem besteht die Gefahr von Risiken und Qualitätsverlusten für die Bediensteten und das Landratsamt selbst.

Dieser Arbeitsverdichtung kann auf längere Sicht nur begegnet werden, wenn auch zukünftig noch Stellenneuschaffungen möglich sind, da andernfalls die Kolleginnen und Kollegen immer wieder in eine Belastungssituation gedrängt werden, durch welche gesundheitliche Schäden ernsthaft zu befürchten sind.

Wie in der Vergangenheit bereits mehrfach erfolgt, erinnert der Personalrat in diesem Zusammenhang an eine notwendige Aufgabenkritik. Diese sollte im eigenen Hause in Angriff genommen werden. Die Hoffnung auf eine Aufgabenkritik durch das Land hat der Personalrat leider aufgeben müssen, da es von dort keinerlei Anzeichen für eine solche gibt.

Wir bitten daher dem Kreistag mitzuteilen, dass der Personalrat aufgrund der geschilderten Situation den Vorschlag der Verwaltung mitträgt und bittet, die beantragten Stellenneuschaffungen für den Haushaltsplan 2011 zu genehmigen.

Mit freundlichen Grüßen



K. Heck, Personalratsvorsitzender